

### Beratung der Kriegskommission für Konsumenteninteressen.

Diese Kommission befaßte sich in der letzten Sitzung neuerdings mit der Frage der Milchversorgung. Es wurde festgestellt, daß angesichts des verhältnismäßig geringen Rückganges der Milchlieferung (636.000 Liter gegenüber 850.000 im Vorjahre) die Schwierigkeiten in der Milchversorgung und die Teuerung hauptsächlich auf eine unrichtige Organisation des Betriebes und auf ungleichmäßige Zuteilung an die einzelnen Kunden zurückzuführen sei. Es werden bei der bevorstehenden Bedarfsregelung zwar in erster Linie Säuglinge, Kinder, Kranke und stillende Mütter berücksichtigt werden müssen; für die Versorgung der übrigen Bevölkerung jedoch erscheint eine gleichmäßige Bedarfsregelung unter besonderer Berücksichtigung der ärmeren Klassen notwendig. (In dieser Hinsicht sollen Eingaben an die zuständigen Stellen gerichtet werden.)

Weiter wurde die letzte Kundgebung der Agrarpolitischen Zentralstelle besprochen, welche die bisherigen ernährungspolitischen Maßnahmen der Regierung als im einseitigen Interesse der Konsumenten gelegen bezeichnete und eine Vernachlässigung der Interessen der Landwirtschaft behauptete. Es wurde beschlossen, diese Anwürfe in zweckentsprechender Form zu widerlegen und entschieden abzuweisen.

Ferner wurde die künftige Mehl- und Brotversorgung erörtert und insbesondere die Sicherstellung des Verhältnisses mit Ungarn gefordert. Aus einzelnen Teilen des Reiches lagen Berichte vor, welche schon jetzt ein Knappwerden der Mehlvorräte dartun.

Hierauf gelangte die Stellungnahme der Zensur zu den ernährungspolitischen Kundgebungen zur Sprache. Es wurde beschlossen, die Schaffung einer die Zensurbehörde beratenden Stelle für die Fragen der Lebensmittelversorgung in Vorschlag zu bringen.

Vom deutschen Kriegsausschusse für Konsumenteninteressen in Berlin waren Berichte über dessen Tätigkeit eingelangt, welchen unter anderm zu entnehmen war, daß im Deutschen Reich bereits in mehr als 140 Städten und Orten Bezirks- und Ortsausschüsse errichtet wurden, namentlich in folgenden größeren Städten: Bremen, Breslau, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Königstein, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Stuttgart.

Der Obmann der Kriegskommission, Regierungsrat Georg Friß, erstattete schließlich einen ausführlichen Jahresbericht über die Tätigkeit des ersten Arbeitsjahres der Kriegskommission, welche schon frühzeitig in allen ernährungspolitischen Fragen, vielfach unter Zuziehung von Fachleuten, der Produktion und des Handels, alle zweckmäßigen Maßnahmen erörterte, die seither von anderen Seiten vorgeschlagen wurden, aber bisher, wie in so manchen Fällen, leider keine Berücksichtigung fanden.